

ETV NEWS

Elektrotechnischer Verein (ETV) e.V.
Bezirksverein Berlin-Brandenburg im VDE

Ein Stimmungsbild

Liebe Vereinsmitglieder,
manchmal erleben wir den Unterschied ganz deutlich. Nur ein paar Tage lagen zwischen dem Besuch einer Universität in Kairo, an der an modernsten Kommunikationstechnologien gearbeitet wird und einem nur kurzen Besuch eines Beduinendorfes in der Nähe von Hurghada, der so nebenbei die aktuell dort angewendeten elementaren Technologien zeigte. Verständlicherweise war der Bereich, in dem die Leute wirklich leben, nicht für Touristen zugänglich. Sie leben von Viehzucht und können ihren Kindern nur eine minimale Ausbildung ermöglichen. Sie wünschen sich den Erhalt ihres Lebensraums, fürchten sich sogar davor, dass ihre Kinder, wenn sie westliche Ausbildung erhalten, ihr Dorf verlassen würden. Die Wüste bildet einen Hintergrund, der das Wesentliche für die Menschen hervortreten lässt. Natürlich möchten die Menschen abends Licht haben, ihr Mobiltelefon aufladen, vielleicht auch einen Kühlschrank betreiben, um Lebensmittel besser aufbewahren zu können. Vielleicht möchten sie auch Energie zum Kochen, ohne Holz zu verwenden. Derzeit wird dafür ein Generator genutzt, der mit Benzin oder Diesel befeuert wird. Dieser verursacht auch im regulären Betrieb Kosten.



Könnte eine menschenfreundlichere Technologie hier nicht helfen? Gebraucht werden Energie und Information. Mit Hilfe von solarbetriebenen Relaisstationen ließe sich Datenverkehr auch in entlegene Gebiete leiten. Bei der intensiven Sonneneinstrahlung würden wenige Solarzellen und Batterien ausreichen, um elektrischen Strom für Anwendungen bereitzustellen und das Leben angenehmer zu machen, unabhängig von Treibstofflieferanten und Holz, das in der Wüste rar ist. Mit wenig Aufwand und High-Tech ließen sich Relaisstationen realisieren, mit denen das Internet und Telefon auch in ein abgelegenes Beduinendorf gebracht werden könnte.

Einen schönen Sommer mit ausreichend Sonne wünscht ihnen

Ihr Horst Schwetlick

125 Jahre VDE

Unter dem Titel „Der VDE entsteht“ schilderte der ETV in seiner Festschrift zum 125jährigen Bestehen des ETV die Gründung und die ersten Jahre des VDE, zu denen der ETV einen maßgeblichen Beitrag geleistet hat:

In erster Linie hatte sich der ETV nach seiner Gründung im Jahr 1879 die Entwicklung und Förderung der technischen Anwendung der Elektrizität und die Fortbildung zum Ziel gesetzt. Hierzu hat er vornehmlich die technische Wissenschaft gepflegt. Als es nun Anfang der 1890er Jahre erforderlich schien, Fragen des Wirtschaftslebens und der Gesetzgebung auf dem Gebiet der Elektrotechnik verstärkt zu behandeln, hatte man Bedenken, den Verein auf die Dauer damit zu befassen. Zwar sollte der ETV laut Satzung auch einen Vereinigungspunkt für die gewerblichen Interessen der deutschen Elektrotech-

Fortsetzung auf Seite 2 ...

... Fortsetzung von Seite 1

nik bilden. Aber es scheint, dass ein und derselbe Verein nicht gleichzeitig so verschiedenartigen Interessen dienen könne ohne Nachteile für das eine oder andere Gebiet. Auch war zu bezweifeln, ob die zahlreichen ausländischen Mitglieder (zu dieser Zeit 27 % aller Mitglieder) eine Betonung deutscher wirtschaftlicher Interessen gebilligt hätten.

So entschloss man sich, eine besondere Vereinigung zu bilden, die sich über ganz Deutschland erstrecken sollte und deren erste und wesentliche Aufgabe es war, die wirtschaftlichen und nationalen Interessen der deutschen Elektrotechnik zu pflegen und eine Körperschaft zu bilden, die befähigt und in der Lage ist, die Gesamtansichten der deutschen Elektrotechniker wirksam auszusprechen und zu vertreten.

An der Gründung des entsprechenden Verbandes am 22. Januar 1893 waren Vertreter des ETV und der neben ihm bereits bestehenden zehn übrigen Elektrotechnischen Vereine und Elektrotechnischen Gesellschaften sowie elektrotechnische Firmen beteiligt. Er nannte sich zunächst Verband der Elektrotechniker Deutschlands und führte seit Januar 1894 den Namen Verband Deutscher Elektrotechniker (VDE). Der Verband sollte ein Verband von Personen

und nicht ein Zusammenschluss von Vereinen sein. Die deutschen Mitglieder der Elektrotechnischen Vereine, mit denen der Verband einen Vertrag abschloss, waren daher automatisch auch Mitglieder des Verbandes. Dies galt von Anfang an auch für den ETV.

Lange Jahre bildeten die deutschen Mitglieder des ETV die Mehrheit der VDE-Mitglieder. Erst ab etwa 1904 – damals umfasste der VDE 15 Mitgliedsvereine und 3421 Einzelmitglieder, von denen allein der ETV 1670 Mitglieder stellte – überstieg die Zahl der nicht vom ETV kommenden VDE-Mitglieder langsam aber stetig die 50%-Marke.

Der Elektrotechnische Verein Berlin hat an den Arbeiten des VDE in erheblichem Umfang mitgewirkt und ihn auch in finanzieller Hinsicht kräftig unterstützt. Eine große Anzahl von Aufgaben hat der ETV zunächst selbstständig oder auf Veranlassung des VDE in Bearbeitung genommen und später dem Verband für sein Vorschriftenwerk übergeben. Über die Arbeiten der Ausschüsse des Verbandes wurde im Gegenzug in den Sitzungen des ETV häufig berichtet.

Heute ist der ETV seit den 1930er Jahren als Bezirksverein Berlin-Brandenburg dem VDE zugeordnet.

Heinz-H. Schramm

ETV VDE

Donnerstagslektionen

www.vde.berlin.de



Implementierung von Big-Data-Analysen in die Produktion Herausforderungen, Mehrwerte und Möglichkeiten

Dipl.-Ing. (FH) Jessica Fisch, Daimler AG
13. September 2018 um 18 Uhr im VDE-Vortragssaal
Bismarckstraße 33, 10625 Berlin



Mit dem Einzug von Industrie 4.0 kommt es vermehrt zu der Erzeugung großer Datenmengen, welche es gilt zu analysieren. Dabei ist nicht das Ziel, einen Data Lake zu schaffen oder viele Daten zu erzeugen, sondern die Daten so zu nutzen, dass ein Mehrwert entsteht. In dieser Lektion soll der Fokus auf den Herausforderungen und vielfältigen Möglichkeiten zur Nutzung von Big Data liegen. Das Ganze wird konkret an dem Projekt „iLL“ aus dem Mercedes-Benz Werk Berlin vorgestellt. Intelligent Level-Learning (iLL) führt eine Analyse von Daten einer Produktionsanlage durch, wodurch diagnostiziert und prognostiziert wird. Und somit eine zustandsbasierte Instandhaltungsstrategie implementiert werden kann. Frau Jessica Fisch arbeitete ab 2010 als Inbetriebnehmerin für Roboter- & speicherprogrammierbare Steuerungen bei der Firma KleRo. Nach vier Jahren verließ Sie das Unternehmen um als Doktorandin bei der Daimler AG im Mercedes-Benz Werk Berlin in der Instandhaltung Engineering zu arbeiten. An der OvGU in Magdeburg schreibt Sie aktuell an Ihrer Promotion mit dem

Themengebiet – Datenbasierte Modelle von Produktionsanlagen. Seit 2018 ist Frau Fisch Fertigungsverfahrensentwicklerin bei der Daimler AG im Mercedes-Benz Werk Untertürkheim. Ihr Hauptarbeitsgebiet ist der Einsatz von Big-Data-Analysen zur Beherrschung der Komplexität von Produktionsanlagen. Die Themenschwerpunkte ist die Digitale Transformation (Big Data; 360 Grad Vernetzung)

Anforderungen an die Security in der Industrie

Vortragender: Dr. Lutz Jänicke, Phoenix Kontakt
Donnerstag, 04.10.2018, 18.00 Uhr:
VDE-Haus, Vortragssaal, Bismarckstr. 33, 10625 Berlin
(U-Bhf. Deutsche Oper)

Die ETV-Donnerstagslektionen behandeln aktuelle Themen der Elektro- und Informationstechnik und finden jeweils am zweiten Donnerstag im Monat um 18 Uhr im VDE-Vortragssaal statt. Der Eintritt ist frei, ein anschließender Stammtisch im benachbarten Restaurant Don Giovanni, Bismarckstraße 28 gibt Möglichkeiten zu vertiefenden Diskussionen. Nähere Informationen finden Sie unter www.vde-etv-berlin.de. Bitte melden Sie sich möglichst telefonisch unter 0303414566 oder per Email unter etv-berlin@t-online.de an

ETG-CIRED-Workshop:

Am 13.-14.11.2018 treffen sich Fachleute von Herstellern, Netzbetreibern und Hochschulen der Netzbranche auf dem ETG-CIRED-Workshop (D-A-CH): Innovationen im Verteilnetz am Rande des VDE Tec Summit in der STATION-Berlin. Folgende Themen stehen bei dem Workshop im Vordergrund:

- Innovationen im Netzbetrieb und der Schutz- und Leittechnik,
- Innovationen in der Netzplanung und im Asset Management,
- Innovationen mit Einfluss auf die Regulierung und Geschäftsmodelle.

Weitere Informationen auf www.vde.com/ecw2018

Große Koalition startet holprig

Elite-Panel von „Capital“ und „FAZ“: Große Mehrheit für Korrekturen

Das „Capital / F.A.Z. Elite-Panel“ ist Europas am prominentesten besetzte Umfrage unter Führungskräften. Das Institut für Demoskopie Allensbach realisiert sie seit 1987 zweimal im Jahr für das Wirtschaftsmagazin „Capital“. Als Auftraggeber hinzugekommen ist 2015 die F.A.Z. Unter aktuell befragten 511 Top-Entscheidern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung sind 84 Vorstände aus Konzernen mit mehr als 20 000 Beschäftigten sowie 25 Minister und Ministerpräsidenten sowie 29 Leiter von Bundesbehörden. Die Interviews fanden von Ende April bis Anfang Mai 2018 statt.

*

Nachdem die Große Koalition unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vize-Kanzler Olaf Scholz rund zwei Monate in der politischen Verantwortung hinter sich gebracht hatte, war der Zeitpunkt erreicht, bei entscheidenden Persönlichkeiten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nachzufragen, welchen Eindruck sie von den ersten Wochen der Regierungsarbeit gewonnen haben.

Die mühsam zustande gekommene Große Koalition hat die Befragten mit ihrer bisherigen Regierungsarbeit enttäuscht. Das zeigt das aktuelle Panel des Instituts. Demnach glauben 74 Prozent deutscher Manager, Politiker und Spitzenbeamten nicht daran, dass sich die bisherigen Vorhaben der Großen Koalition dafür eignen, Deutschland voranzubringen. Das sind die schlechtesten Werte einer Großen Koalition seit 2005. Außerdem hält eine Mehrheit der Top-Entscheider (65 Prozent) erstmalig seit fünf Jahren eine Regierung für zu schwach. Das ist ein schlechterer Wert als zum Ende von Schwarz-Gelb.

Dementsprechend erwartet die Führungselite mit großer Mehrheit gravierende Korrekturen in einigen Politikfeldern. Das gilt vor allem für die Digitalisierung (87 Prozent), Gesundheit und Pflege (81 Prozent), Bildung (75 Prozent) und Verkehrsinfrastruktur (72 Prozent). Aber auch bei der Energiepolitik (65 Prozent), bei der Europa- (60 Prozent) und Steuerpolitik (59 Prozent) sehen die Top-Entscheider Korrekturbedarf. 92 Prozent begrüßen zwar die geplante schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlages, allerdings plädieren 59 Prozent dafür, dass er bereits vor 2021 abgeschafft wird.

Vize-Kanzler Olaf Scholz wird in der Funktion als Bundesfinanzminister mit 87 Prozent großes Vertrauen entgegengebracht. Ähnliches gilt für den Wirtschaftsminister Peter Altmaier (80 Prozent) und für Landwirtschaftsministerin Julia Glöckner (69 Prozent), denen zugetraut wird, in ihren Ressorts gute Arbeit zu leisten.

Weniger überzeugend beim Start der Regierung: Innenminister Horst Seehofer sowie der Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil. Lediglich 41 Prozent trauen den beiden gute Arbeit zu.

Konjunktur-Optimismus abgeschwächt

Nach wie vor bewertet die Mehrheit der Unternehmenslenker (89 Prozent) die Auftragslage ihres Unternehmens als gut bis sehr gut. Dafür hat sich die Zahl derer, die in den nächsten sechs Monaten mit weiterer Aufwärtsentwicklung

der Konjunktur rechnen, von 75 Prozent im Sommer vergangenen Jahres auf jetzt 53 Prozent reduziert.

Sorge bereitet den Befragten insbesondere das Erstarken des Protektionismus (Schutz inländischer Erzeuger vor dem Wettbewerb des Auslandes durch Einfuhrkontingente, Schutzzölle u.a.): 79 Prozent sind davon überzeugt, dass dadurch der deutschen Wirtschaft großer Schaden zugefügt wird.

Gegenüber chinesischen Investoren wächst die Skepsis. Mittlerweile fordern in der Umfrage 58 Prozent, dass Berlin deutsche Unternehmen vor Chinas Machtpolitik schützen sollte. Vor zwei Jahren äußerten dies nur 25 Prozent.

Nach wie vor schätzt die überwiegende Mehrheit der Unternehmenslenker die wirtschaftliche Lage als gut bis sehr gut ein. Doch die Zahl derer, die zumindest mit einer Abschwächung der Hochkonjunktur rechnet, hat gegenüber der letzten Umfrage rapide zugenommen. Dazu ein Satz der Allensbach-Chefin Prof. Dr. Renate Köcher: „Die deutsche Wirtschaft wird vorsichtiger, erwartet aber nach wie vor keinen Abschwung“.

Trump stärker in die Schranken weisen

Eine klare Mehrheit des Panels ermuntert Bundeskanzlerin Angela Merkel, US-Präsident Donald Trump stärker in die Schranken zu weisen. Drei Viertel der Befragten votieren, dafür die Unterschiede in den Positionen künftig deutlich zu machen, auch wenn das die deutsch-amerikanischen Beziehungen beeinträchtigt. Gut die Hälfte (54 Prozent) ist aber immer noch der Ansicht, dass sich bei Trump mit Gesprächen und Verhandlungen einiges erreichen ließe. Die Strafzölle auf europäische Produkte wollen aber zunehmend weniger Befragte akzeptieren. 62 Prozent sind für entsprechende Gegenmaßnahmen und für steigende Import-Zölle auf US-Produkte.

90 Prozent schätzen Emanuel Macron

Trotz seiner so manches Mal unbequemen Forderungen kann sich der französische Staatspräsident Emanuel Macron großer Unterstützung durch deutsche Entscheider sicher sein. Alles in allem haben von ihm 90 Prozent eine gute Meinung. 80 Prozent werten seine bisherige Amtszeit als Erfolg.

Allerdings findet sein Vorschlag einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung der Finanzinstitute lediglich mit 36 Prozent Zuspruch. 61 Prozent halten dies für keine gute Idee. Seine Forderung, einen EU-Finanzminister einzusetzen, der den gemeinsamen Haushalt der Eurozone und europäische Investitionsprojekte verwaltet, befürwortet dagegen genau die Hälfte der Führungsspitzen.

Luftsauberkeit braucht halt ihre Zeit

Svenja Schulze, die Bundesumweltministerin, sagt deutlich: „Ich fordere schon lange technische Nachrüstung für Diesel-Pkws. Wir brauchen sie jetzt so schnell wie möglich - und zwar auf Kosten der Automobilhersteller, denn die haben das Problem verursacht.“. Wegen der bevorstehenden EU-Klage verlangt sie mit Blick auf Streitigkeiten in der Großen Koalition mehr Anstrengungen für bessere Luft.

Elektrotechnik belebt den Export

Wie denkt eine Bank über langfristige Finanzentwicklung? / Konjunktur lässt Kassen klingeln / Überschüsse durch Groko „verfrühstückt“ / Liegt die Staatsverschuldung 2019 wieder unter 60 %?

„Deutschland hat seine Warenausfuhren 2017 um nominal 6,2 Prozent erhöht und erzielte den bisher zweithöchsten Handelsbilanzüberschuss seiner Geschichte. Für besonders starke Impulse sorgten dabei die Ausfuhren nach China und in die Niederlande. Auf Branchenebene trugen im vergangenen Jahr die Elektrotechnik, der Maschinenbau und die Chemieindustrie maßgeblich zum deutschen Exportplus bei. Diese drei Sektoren erklären 2017 knapp 50 Prozent des absoluten Wachstums der Warenausfuhren“. So liest es sich im Research-Text, den die Deutsche Bank herausgibt.

Weiter lesen wir dann: Im starken Anteil der Sektoren Automobilindustrie, Elektrotechnik und Maschinenbau „spiegelt sich die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen aus diesen klassischen Investitionsgüterbranchen wider. Der Überschuss des Außenhandels basiert im besonderen Maße auf der Automobilindustrie und dem Maschinenbau. Denn den hohen Exporten der deutschen Elektrotechnik stehen zugleich umfangreiche Einfuhren elektrotechnischer Erzeugnisse gegenüber. Dies betrifft vor allem die Konsumelektronik. Insofern fällt hier der Saldo aus Exporten und Importen deutlich niedriger aus als in der Automobilindustrie und im Maschinenbau.“

Eine der Schlussfolgerungen lautet: Insgesamt sollten deutsche Unternehmen „im laufenden Jahr aufgrund der guten Weltkonjunktur ihre Ausfuhren erneut steigern können.“ Ein anderer wichtiger Satz lautet: „Die deutsche Industrie wäre stark davon betroffen, wenn der transatlantische Handel eingeschränkt würde“. Denn die USA seien 2017 „mit einem Anteil von 8,7 Prozent“ an allen deutschen Warenausfuhren „der wichtigste Exportmarkt“ gewesen.

Der Ton des Bank-Textes bleibt optimistisch: „Aus finanzpolitischer Sicht läuft es nach wie vor bestens. Die Kassen klingeln und der Staatssäckel ist prall gefüllt,“ meint der Research-Autor Sebastian Becker und schreibt: „Der gesamtstaatliche Haushalt (bestehend aus Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern) erzielte 2017 schon das vierte Jahr in Folge einen Finanzierungüberschuss, der sich abermals erhöhte.“

Ausschlaggebend für die nochmals verbesserte Haushaltslage seien weiterhin rückläufige Zinsausgaben sowie die dank Hochkonjunktur und Beschäftigungsboom kräftig wachsende Staatseinnahmen wie Steuern und Nettosozialbeiträge.

Insbesondere die Länderhaushalte, aber auch die Haushalte der Gemeinden und Sozialversicherungsträger erzielten hohe Finanzierungüberschüsse, wohingegen das Haushaltplus des Bundes deutlich kleiner und und rückläufig war.“

Infolge der guten Haushaltslage seien die Staatsschulden 2017 das dritte Jahr in Folge gesunken. So ging die gesamtstaatliche Verschuldung 2017 auf nunmehr 1.965 Milliarden Euro zurück. Den Rückgang der Verschuldung hätten „alle staatlichen Ebenen getragen, wobei der Rückgang der Länder- und Gemeindegeldschulden deutlich kräftiger ausfiel als derjenige der Bundesschulden.“

„Auf Grund der anhaltend günstigen Konjunktur waren – ohne zusätzliche politische Maßnahmen - anhaltend hohe Finanzierungüberschüsse auf Gesamtstaatsebene angelegt“.

Dies würde über eine sinkende Verschuldung die öffentlichen Haushalte auf die absehbaren künftigen Themen Zinsnormalisierung, Alterung der Bevölkerung, vorbereiten.

Statt „Spare in der Zeit, so hast Du in der Not“ stehe bei der Großen Koalition immer mal wieder „Ausgeben auf dem Programm“. Zwar würden die derzeit noch vollen Kassen von der Politik wohlwollend wahrgenommen, die mittel- bzw. langfristigen Risiken wie höhere Zinsen, abnehmendes Erwerbs- und Wachstumspotential jedoch anscheinend ausgeblendet. So wolle die neue Bundesregierung den für den Bund ausgemachten zusätzlichen Haushaltsspielraum von kumulierten 46 Milliarden Euro für die Jahre 2018-21 nicht für ein konsequente steuerliche Entlastung oder deutliche Schuldenrückführung nutzen, sondern neben zögerlichen die Einnahmen mindernden Maßnahmen wie z.B. die schrittweise Entlastung beim Solidaritätszuschlag ab 2021 und Ausgaben mit Investivcharakter wie Digitalisierung und Bildung zum Großteil für teure und womöglich ineffektive Ausgabeprogramme verwenden.“ In diesem Zusammenhang nennt der Bank-Text Baukindergeld, Mütterrente II, Grundrente, Sozialer Arbeitsmarkt.

Kurzfristige Sichtweise und eine zunehmend prozyklisch ausgerichtete Fiskalpolitik, so heißt es im Bank-Text weiter, „implizieren für die mittlere bis lange Frist erhebliche Haushaltsrisiken. Spätestens dann, wenn die Konjunktur nicht mehr rund läuft und die Zinsen wieder steigen, dürften größere fiskalische Korrekturen erforderlich werden.“

Am Schluss dieser Passagen aus dem Research der Deutschen Bank heißt es vorausschauend: „Bei Umsetzung aller im Koalitionsvertrag erwähnten Maßnahmen...könnte der gesamtstaatliche Finanzierungüberschuss spätestens 2020 spürbar zurückgehen und der gesamtstaatliche Haushalt schon ab 2021 wieder ins Defizit rutschen.“

Allerdings könnte die Schuldenbremse, die noch zu deutlich schlechteren fiskalischen Zeit beschlossen wurde, einer größeren Verschlechterung der deutschen Staatsfinanzen vorbeugen. Die Staatsverschuldung dürfte unseres Erachtens zum Jahresende auf 60,7 Prozent des BIP fallen und 2019 mit 57,9 % erstmals seit 2002 wieder unterhalb der Maastricht-Grenze von 60 % liegen.“

Allianz zieht sich nun von der Kohle zurück

Europas größter Versicherungskonzern Allianz will aus der Kohle aussteigen. Ab sofort werden Bau oder Betrieb von Kohlekraftwerken wie Kohleminen nicht mehr versichert, teilte der Münchener Dax-Konzern mit. Bestehende Verträge in diesem Bereich würden auch nicht verlängert werden. Bis 2040 will die Allianz außerdem sich aus jenen Unternehmen absetzen, die den Bau von Kohlekraftwerken ab einer Kapazität von 500 Megawatt planen. Das sei mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens nicht mehr vereinbar, heißt es in einer Mitteilung des Konzerns.

Auf der Hauptversammlung der Allianz ist bekannt geworden, was seit 2017 mit Einlagen geschehen ist: 16 Versicherer, darunter auch der französische Axa-Konzern, haben aus Kohleunternehmen 18 Milliarden Dollar abgezogen.

„BIM stellt Arbeitswelt auf den Kopf“

Lage, Veränderungen und Vorankommen in unser Bauindustrie

Die rund 800 000 Bauarbeiter in Deutschland sollen deutlich mehr Geld bekommen. Ein Schlichterspruch, der den Tarifkonflikt in der Branche nach langen Verhandlungen beilegte, sieht eine Lohnerhöhung von mindestens 5,7 Prozent vor. Außerdem soll es eine weitere Annäherung der niedrigeren Ost-Einkommen an das Westniveau geben, berichtet dpa. Dazu zitiert die Agentur den Verhandlungsführer der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau), Dietmar Schäfers. Er spricht vom „besten Tarifabschluss in Deutschland in diesem Jahr“. Ähnlich äußert sich für die Arbeitgeber deren Verhandlungsführer Uwe Nostiz: „Wir haben die Kuh vom Eis geholt“. Damit seien Streiks abgewendet.

Trotz alledem hat es schon zu Beginn des Jahres 2018 zunehmend Stimmen gegeben, die der deutschen Bauwirtschaft die Bewältigung der Bauaufgaben nicht mehr zutrauen. Noch im März 2018 meldete jedes 10. Bauunternehmen, seine Bautätigkeit werde durch Arbeitskräftemangel behindert. Dies und andere Befürchtungen hält der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie „für weit überzogen“, wie es sein Präsident, Dipl. Ing. Peter Hübner, mehrfach formuliert.

In den vergangenen Monaten habe die deutsche Bauwirtschaft nachgewiesen, dass und wie sie mit Engpass-Situationen umzugehen weiß. Schon seit längerem würden „in großem Umfang Fachkräfte aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die eigenen Belegschaften“ integriert. Dadurch sei „Aderlass aus der Verrentung deutscher Mitarbeiter „mehr als ausgeglichen“ worden. Von Präsident Hübner stammt die Feststellung: „Inzwischen haben über 16 Prozent unserer Mitarbeiter einen ausländischen Paß.

Zudem setzen die deutschen Bauunternehmen erneut mit Erfolg auf die Ausbildung von eigenem Fachkräftenachwuchs. Immer mehr Unternehmen bilden nun selbst aus. Entgegen dem allgemeinen Trend konnten so 2017 fast 13 000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. Auch das wieder erwachte Interesse junger Leute an einem Bauingenieur-Studium trage allmählich Früchte. Im Studienjahr 2017 haben schätzungsweise 11 000 Studenten ihr Bauingenieur-Studium mit einem Bachelor oder einem Master abgeschlossen – gegenüber 2009 waren das rund 6000 Absolventen mehr.

Es könne sein, dass hier beschriebene Maßnahmen zum Aufbau eigener Kapazitäten „Zeit brauchen“, argumentiert Präsident Hübner. Und noch eine andere Komponente spiele eine Rolle: „Die Bauunternehmen operieren wieder verstärkt mit dem Einsatz von Nachunternehmern aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die Zahl der nach Deutschland entsandten Arbeitnehmer hat sich zwischen 2009 und 2017 wieder auf über 100 000 verdoppelt. „Hier hilft uns der europäische Binnenmarkt, akute Engpässe zu überbrücken.“ So die Worte auf der Jahrespressekonferenz.

Der darauf folgende „Tag der Deutschen Bauindustrie“ war – wie es hieß – Fachkräfteproblemen und der Digitalisierung gewidmet: „Der Zeitpunkt ist günstig. Mit der starken Baukonjunktur im Rücken haben wir Handlungsspielräume, um für beide Themen zukunftsorientierte Strategien zu entwickeln“. Dazu gehöre der Lenkungsausschuß „Digitalisierung“. Er soll „ein einheitliches Digitalisierungskonzept entwickeln und Vielstim-

migkeit zum Thema bündeln“. Dazu gehöre die Mitwirkung des Bauverbandes noch in diesem Jahr an dem mit Bundesmitteln geförderten „4.0 Kompetenzzentrum Planen und Bauen“. Ziel dort sei es, Unternehmen der mittelständischen Bau- und Immobilienwirtschaft mit praxisnahem Wissen für digitales Planen und Bauen zu unterstützen. „Wir müssen sichtbar werden... Als Branche, die zu einem großen Teil für die öffentliche Hand arbeitet, brauchen wir eine Politik, die offen ist für neue Wege.“ Das Bundesverkehrsministerium habe „in den vergangenen vier Jahren enorm viel auf den Weg gebracht auch im Bereich der Digitalisierung, zumindest konzeptionell – im Bereich Breitbandausbau ist eher noch Luft nach oben.“

Kritik trifft Gesetzgebung: „Das Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz ist zwingend notwendig, Wir fordern, dass es jetzt umgehend im Bundestag verabschiedet wird.“

Digitalisierung werde „eine neue Form der Arbeitsteilung sein“ Denn vor allem der Blick auf die Arbeitswelt verdeutliche, wie digitale Technologien Arbeitsabläufe und Wertschöpfungsprozesse verändern. Dabei sei das Building Information Modeling (BIM) „kein rein unterstützendes Werkzeug mehr.“ BIM beeinflusse auf grundlegende Art und Weise - so der Verbandspräsident - „Planung und Ausführung der Bauabläufe, aber auch die spätere Unterhaltung und den Betrieb“. Das gelte für Gebäude und gleichermaßen für Infrastrukturprojekte. „Das wird“ - betont der Präsident - „unsere Arbeitswelt auf den Kopf stellen.“

Mehr Flexibilität auf dem Bau sei schon deshalb nötig, weil sich die Tätigkeitsbilder verändern. Neue Berufe kämen hinzu, nicht nur der BIM-Manager. Gleichzeitig müsste sich natürlich die Qualifikationen fast aller Mitarbeiter verändern. Das erfordere von ihnen grundsätzlichen Willen, sich auf neue Anforderungen einzulassen. Die Folgen für die Arbeitswelt dürften deshalb nicht unterschätzt werden.

Ein für das Gedächtnis bestimmter Satz von Bauindustriepresident Peter Hübner lautet: „Und auch wir werden über die Digitalisierung und über BIM eine Effizienz erreichen, die sich mit der stationären Industrie messen lassen kann.“

Prognosen und etliche Ängste

In der deutschen Wirtschaft wächst nach neun Jahren Aufschwung die Sorge vor einem konjunkturellem Absturz, berichtet Reuters. „So ein bisschen befürchten wir es“, sagt Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), in Berlin. Erläuternd fügt er hinzu, Personalengpässe, der Handelsstreit mit den USA und die Unsicherheiten in Italien würden schon jetzt die Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigen. Deshalb habe der Verband seine Wachstumsprognose für dieses Jahr um einen halben Punkt auf 2,2 Prozent gesenkt.

Mit Blick auf Italien warnt Wansleben: „Es kann noch schlechter werden.“ Die Misstöne kämen vor allem aus dem Ausland. Das belege auch eine aktuelle Umfrage des DIHK unter rund 24 000 Firmen. Bei Exporterwartungen gebe es einen deutlichen Dämpfer. „Der Aufschwung steht auf dem Prüfstand“, konstatiert Wansleben.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erwartet für die erste Hälfte des Jahres 2018 eine deutlich schwächere Wirtschaftsentwicklung. „Dem weltweiten Aufschwung gehe etwas die Puste aus“, erklärte der Konjunkturchef des Instituts, Ferdinand Fichtner. Vor allem der Handelsstreit mit den USA zeige Wirkung.

Verhandeln - auch mit Ellenbogen?

Hartes Ringen um den Kohle-Ausstieg / Gebrauch wird weitaus mehr als nur ein Datum / Schäuble: Macht verlagert auf Landesebene

Beim Blättern und Lesen in Zeitungen kann Einem neuerdings der Gedanke kommen, der öffentliche Umgangston sei regelrecht rauh geworden. Dahin tendiert zum Beispiel die Überschrift „Woidke will die Ellbogen ausfahren“. Näheres erklärt der Text: „Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke (SPD) hat die ostdeutschen Länder zu Selbstvertrauen und Zusammenarbeit aufgerufen“. Man sei dringend darauf angewiesen, „Gemeinsamkeiten stärker zu betonen und Interessen gemeinsam durchzusetzen“, erklärt Woidke der Deutschen Presseagentur (dpa). Dabei dürfe man auch keine falsche Rücksicht auf die eigene Partei oder die Bundesregierung nehmen.

„Wir müssen im Osten - bei allem Stolz auf das Erreichte – noch stärker die Ellenbogen ausfahren“, sagt der SPD-Politiker. Ihm werde natürlich bewusst, dass auch westdeutsche Regionen manchmal in schwierige Lage kämen. Immerhin aber klappe drei Jahrzehnte nach der Wende immer noch die Lücke vor allem zwischen Ost und West - bei der Wirtschaftskraft genauso wie etwa bei Einkünften und dem Steueraufkommen. „Das ist nicht akzeptabel.“

Den Osten sieht Woidke nicht zuletzt in der Forschungslandschaft benachteiligt. In westdeutschen Flächenländern gebe es mehr Stellen in außeruniversitären Forschungs-Einrichtungen. „Dazu kommt, dass wir in Ostdeutschland mangels großer Konzerne so gut wie keine Industrieforschung haben“. Brandenburg bemühe sich um die Ansiedlung eines Fraunhofer-Institutes für das Management von Energiesystemen – und werde von Sachsen dabei unterstützt.

„Wir brauchen Zukunftsinvestitionen“, denkt Woidke. Strukturwandel in Regionen wie der Lausitz müsse mit Innovationen einhergehen. Zudem sollte es im Osten angemessene Vertretung von Bundesbehörden geben. Dass das Bundesfernstraßenamt nach Leipzig komme, sei ein großer Erfolg. „Das war ein wichtiges Signal für Ostdeutschland. Solche Entscheidungen stabilisieren auch wieder eine Gesellschaft, die heute vor allem im Osten durch Unsicherheiten geprägt ist.“

Woidke erinnert an den Zusammenbruch vieler Industriebranchen nach der Wende und die daraus entstehenden sozialen Verwerfungen. Seither hätten manche Menschen einen, zwei oder sogar drei neue Berufe erlernen müssen. Wenn man denen in der Lausitz jetzt sage, sie müssten sich erneut eine andere Perspektive suchen, sei das fatal. Es bestehe die Gefahr, dass die Leute dann den „Falschen“ hinterherliefen. Das sollte auch Politikern im Westen klar sein.

Immer wieder ist von Woidke auch der Hinweis zu hören, wenn Kohlestrom in Brandenburg wegfallt, müsse Strom importiert werden: aus Tschechien, Polen oder französischen Atomkraftwerken. Dies sei – er gibt sich sicher - bestimmt nicht im Sinne der Erfinder.

Direkt beteiligt ist Dietmar Woidke auch an einem gewichtigen Brief. Ihn haben vier Ministerpräsidenten von Bundesländern mit Braunkohlevorkommen an Bundeskanzlerin Angela Merkel gerichtet. Darin pochen sie unmissverständlich auf mehr Einfluss in den offensichtlichen Machtkampf, zu dem sich der Kohleausstieg entwickelt hat. Als dafür zustän-

dig nennt der Koalitionsvertrag ausdrücklich die „Kommission Wachstum, Struktur und Beschäftigung“ der Bundesregierung. Dieses neue Gremium soll noch bis Ende dieses Jahres den Abschluss Kohleförderung terminieren. Verbunden mit Vorschlägen zur planerischen und finanziellen Gestaltung der Folgezeit.

Wörtlich heißt es dazu im Schreiben der vier Regierungschefs an die Bundeskanzlerin: „Die Mitarbeit in der Kommission sollte grundsätzlich allen substantiell vom Kohleausstieg betroffenen Bundesländern offenstehen, wobei den unmittelbar betroffenen Braunkohleländern stärkeres Mitspracherecht eingeräumt werden sollte.“

Zur Zusammensetzung der Kommission fordern die Regierungschefs, dass dem Gremium neben dem Bund jeweils zwei Vertreter der Länder, der Kommunen, der Wirtschaft und der Sozialpartner der Regionen, darunter die Gewerkschaften IG BCE und IG Metall, angehören sollten. Erwartet werden außerdem Wissenschaftler sowie Vertreter der Regionalwirtschaft und wichtiger Wirtschaftsverbände.

Dem will Wirtschaftsminister Peter Altmeier, seit längerem für die Leitung dieser Regierungskommission geplant, vorbeugen: „Zu viele Mitglieder darf die Kommission nicht haben, sonst wird eine Einigung schwierig.“

Dieses Hin und Her auf der Bundesebene erinnert an ein aktuelles Interview der „Süddeutschen Zeitung“ mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble. Darin sagte er unter anderem: „Das föderale System leidet zunehmend darunter, dass die Ministerpräsidenten ihre Profilierung durch Aktionen auf Bundesebene suchen müssen, da sie sonst nicht ausreichend wahrgenommen werden. Das hat mit Medienprozessen zu tun, kann aber nicht der Sinn sein.“

Die darauf folgende Interview-Frage lautet: „Regieren die Länder zuviel mit?“

Schäubles Antwort: „Ich werde den Verdacht nicht los. Wenn Sie sich die Koalitionsverhandlungen anschauen: viele Landespolitiker. Die Macht hat sich auch in den Parteien stärker auf die Landesebene verlagert.“

Erneut eine Interview-Frage: „Ist das so ein gravierendes Problem?“

Wiederum Schäuble: „In der letzten Wahlperiode habe ich als Finanzminister schon sehr darunter gelitten, dass die Länder in den Bund-Länder-Verhandlungen den Bund nicht sehr fair behandelt haben. Sie haben sich mit Macht durchgesetzt, ob das gut war für unser Land, steht dahin.“

Beim Kohle-Disput fordern Brandenburg und Sachsen mindestens zwei Milliarden Euro, um die Lausitz strukturell wieder nach vorn zu bringen. Nach den Vorstellungen des Kabinetts Woidke „soll die Lausitz ‚Energiland‘ bleiben. Gedacht ist an eine Rolle als Vorreiter bei der Entwicklung zuverlässiger Speicher für erneuerbare Energien. Also mangelt es im Streit um den Kohleausstieg an Ideen und Vorschlägen in keiner Weise. Wirtschaftsminister Peter Altmeier denkt schon weit voraus. Planprägende Worte von ihm lauten: „Die Energiewende wird nur überleben, wenn sie global wird“, sie sei „keine Lösung für einzelne Länder“.

Glückt Energieriesen Megadeal?

RWE plant großer Ökostrom-Produzent zu werden / EON baut neues Netzgeschäft / 5000 Arbeitsplätze weggerechnet

Deutschlands Strombranche wirbelt im spektakulären Umordnen. Die beiden Energieriesen EON und RWE wollen offenbar – für die Branche wohl überraschend – ihre Geschäfte komplett neu aufteilen. RWE plant jetzt EON-Ökostrom und EON die Netztochter Innogy zu übernehmen, um dann im Gegenzug den langjährigen Konkurrenten RWE am eigenen Unternehmen zu beteiligen.

Das Marathon von Gesprächen und Verhandlungen war sicher seit Monaten im Gange. Die inzwischen von den beteiligten Konzernen veröffentlichte Vereinbarung – sie soll mehrere hundert Seiten umfassen – sieht vor, dass EON das lukrative Netzgeschäft, bisher bei Innogy, übernimmt. Hingegen werden die erneuerbaren Energien unter dem Dach von RWE vereinigt.

Letztlich würde damit Innogy zerschlagen, äußern Kommentatoren in Zeitungen und Nachrichtenagenturen, so dpa. Ein schwer verständlicher Schritt, weil RWE das eigene Geschäft mit erneuerbaren Energien, mit dem Vertrieb und dem Netz erst im Oktober 2016 unter dem Namen Innogy an der Börse placierte hatte. Damals behielt RWE die konventionellen Großkraftwerke und den Strom-Großhandel.

Jetzt sollen durch den sich abzeichnenden Deal mit EON erneuerbare Energien zu EON zurückkehren. Zudem ist vorgesehen, dass RWE das bisherige EON-Geschäft mit den Ökoenergien übernimmt. Offenbar im Gegenzug zu einem Unternehmen, das sich ganz auf die Energienetze und das Endkundengeschäft konzentriert. So jedenfalls, wie es die veröffentlichte Mitteilung andeutet. Die Stromnetze waren schon bisher verlässlichste Gewinnbringer von EON. Sie erbrachten zuletzt rund 65 Prozent der Erträge.

Kommentatoren lassen keinen Zweifel: EON wolle mit Innogy „zu einem der mächtigsten Energieversorger Europas aufsteigen, der rund 50 Millionen Kunden versorgt und gut 1,5 Millionen Kilometer Strom- und Gasleitungen betreibt.“ EON werde dadurch zwar noch größer, das Geschäft aber noch lokaler, schreibt das „Handelsblatt“. EON verdiene an lokalen Verteilnetzen, kämpfe vor Ort um Kunden und wolle für ganze Städte Energiekonzepte entwickeln. Bei der Deal-Präsentation sagte EON-Chef Johannes Theysen deutlich: „Die örtlichen Energiestrukturen werden immer wichtiger.“

Der Vereinbarung zufolge soll RWE für den Verkauf von Innogy eine Beteiligung an EON in Höhe von knapp 16,7 Prozent erhalten, so dass RWE zum größten Einzelaktionär von EON würde. Zudem soll RWE das Innogy-Gasspeicher-geschäft und die Beteiligung am österreichischen Energieversorger Kelag erhalten. Verbleibenden Innogy-Aktionären will EON ein freiwilliges Übernahmeangebot mit einem Gesamtwert von 40 Euro je Aktie unterbreiten.

Eine wichtige Rolle spielt im Ganzen, dass Innogy rund 44 000 Mitarbeiter hat. Für sie formuliert die Gewerkschaftsseite Zustimmung zum Deal. So Verdi-Chef Frank Bsirske. Ihn zitiert dpa mit den Worten: „Wir werden zustimmen, weil wir das als eine Chance für die Beteiligten sehen, hier starke und investitionskräftige Unternehmen aufzubauen, und Per-

spektiven zu erschließen für Wachstum und für Arbeitsplätze.“ Allerdings rechnet EON nach eigenen Angaben – so heißt es in der „Berliner Zeitung“ – mit dem Abbau von bis zu 5000 Arbeitsplätzen.

Keinen Einwand gegen die geplante neue Arbeitsteilung der beiden Konzerne hält der Chef der Monopolkommission Achim Wambach für nötig. Der „Rheinischen Post“ sagt er dazu: „Die Energiewende stellt die Energiewirtschaft wie auch die gesamte deutsche Wirtschaft vor riesige Herausforderungen. Die Konzentration von EON auf Netze und Vertrieb ist aus Wettbewerbssicht unkritischer zu sehen.“ Im Stromvertrieb seien Markteintrittsbarrieren gering, so dass hier wenig wettbewerbliche Bedenken vorlägen. Bei den Netzen gebe es ohnehin kein Problem: „Stromnetze sind reguliert, und bei der Vergabe von Konzessionen für Verteilnetze ist wettbewerbliches Handeln eingeschränkt, da Unternehmen nicht mit Preisen konkurrieren.“

Allerdings sieht Wambach im Deal eine wachsende Macht von RWE. Zumal Spekulationen kursieren, RWE verhandle auch mit dem Konkurrenten EnBW über den Kauf von Kohle- und Gaskraftwerken.

Skeptisch gesehen wird der geplante Deal von dem Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV). Für ihn fordert der VZBV-Chef Klaus Müller: „Das Bundeskartellamt muss jetzt genau prüfen, welchen Einfluss die Fusion auf private Verbraucher hat. Die Strompreise für private Verbraucher dürfen nicht noch weiter ansteigen.“ Diese seien „ohnehin zu hoch“. Zudem dürfe sich die Teilhabe von Privatleuten an der Energiewende nicht verschlechtern.

Innogy, der bislang wichtigste Gewinnbringer von RWE, stand seit geraumer Zeit unter Druck. Wegen andauernder Probleme auf dem britischen Markt musste das Unternehmen die Gewinnprognose für 2017 kappen. Nach einem Absturz des Börsenkurses hatte Peter Terium, der Vorstandschef, seinen Posten geräumt und der Aufsichtsrat Kostendisziplin und fokussierte Investitionsstrategie angemahnt. Seitdem führt Personalvorstand Uwe Tigges kommissarisch den Vorstand.

Es zeichnet sich deutlich ab, dass Teile der Firmen ausgetauscht werden und die jeweiligen Firmenanteile einen anderen Zuschnitt bekommen. Kosten sollen gespart und neue Gewinne erschlossen werden. „RWE will in Zukunft nur noch Strom erzeugen. EON will nur noch Strom verkaufen.“ So beschreibt es „Die Zeit“. Indem sie sich ihre Arbeit nun aufteilen, wollen die Konzerne Kosten sparen und neue Gewinne machen. „Sehr wahrscheinlich klappt das auch.“ Und vor allem: Die beiden Rivalen kämen sich nicht mehr in die Quere.

Erkennen lässt „Die Zeit“ allerdings deutlich, was die künftige Entwicklung einschließt. „Zu früh freuen sollten sich die Klimaschützer aber nicht: Das Hauptgeschäft von RWE werden wohl auch künftig Atomstrom, Kohle und Gas bleiben.“ Ob der Deal der Energiewende nützt, hänge daher davon ab, wie grün RWE in Zukunft tatsächlich werde.

Neues bei smartem Bess erhören

Innenohr-Prothese für gehörlos Geborene und Ertaubte

Aufschluss über die Gesamtlage von Deutschen mit Hörschäden gewährt die seit langem aktive Gesellschaft der Hörgeschädigten. Nach ihrer Information liegt deren Anteil an der Gesamtbevölkerung - berechnet auf etwa 70 Millionen Einwohner über 14 Jahre – bei 19 Prozent Hörgeschädigten.

Als gehörlos werden Personen bezeichnet, die von Geburt an kein Gehör haben oder vor Abschluss des Erwerbs

der Lautsprache (in der Regel bis zum 5. Lebensjahr) ihr Gehör verloren haben. Demnach gibt es in Deutschland etwa 80 000 Gehörlose.

In unserer Gesellschaft benennt der Hörgeschädigten Verband etwa 2,5 Millionen Personen, denen mit Hörgeräten geholfen wird. 23 000 Personen tragen Innenohr-Implantate. Demnach kommen wir in Deutschland auf insgesamt etwa 3,7 Millionen Schwerhörige.

Großes Interesse, reichlich positive Resonanz und gleich vier begehrte Auszeichnungen für wegweisende Innovationen, das waren die wichtigsten Ergebnisse beim aktuellen, dem fünften Auftritt des Spitzen-Unternehmens ReSound auf der Consumer Electronics Show (CES) in Las Vegas. Dort dominiert die technologische Entwicklung der Hörgeräte-Vernetzung seit Jahren. Vom Hörakustiker fachgerecht angepasst, verhelfen die smarten Produkte von ReSound ihren Trägern zu besserem Hören.

Als eine der weltweit führenden Technik-Messen bot die CES Fachbesuchern und Fachjournalisten erste Ausblicke auf die Trends des Jahres. Am Stand von ReSound fanden die Besucher wie gewohnt wegweisende Lösungen für jedes Hörbedürfnis, für jedes Alter, in allen Preisklassen und in sämtlichen Technikstufen. Allen voran das smarte Spitzen-Hörssystem ReSound LINX 3D sowie das neue Super-Power-Hörgerät ReSound ENZO 3D. Letzteres wurde aktuell mit insgesamt drei CES-Innovation Awards und einem IHS Markt Innovation Award geehrt.

Die Hörsysteme ReSound LINX 3D und ReSound ENZO 3D verbinden audiologische Spitzentechnik für gutes Hören mit modernster Steuerungsmotivation sowie kabelloser Audio-Anbindung an IOS- und Android-Smartphones. Beide Produktfamilien verfügen über neuartige 3D-Orientierung, die das Ausbreiten des Schalls nicht nur horizontal, sondern erstmals auch vertikal erfasst. Dies führt nachweislich insbesondere in lauter Umgebung zu erheblichem Plus beim Sprachverstehen; Umgebungsgeräusche werden deutlich besser gehört. Richtungsweisend sind beide Systeme zudem in punkto Hörgeräte-Vernetzung. Als Weltneuheit gilt ein optionaler Cloud-basierter Online-Service, mit dem Hörakustiker ihre individuelle Kundenbetreuung grundlegend erweitern können.

„Über die große, überaus positive Resonanz und über den neuen Erfolg auf der CES freuen wir uns sehr“, sagt Joachim Gast, Geschäftsführer von ReSound Deutschland. „Unsere smarten Hörgeräte ‘Made for all’ eröffnen Menschen jeden Alters, mit jedem Grad von Hörschädigung und mit unterschiedlichstem Lebensstil bestes Hören sowie eine große Vielfalt an smarten Zusatzfunktionen. Vor sieben, acht Jahren haben wir den Trend hin zur smarten Hörgeräte-Vernetzung gesetzt. Seitdem treiben wir deren Entwicklung kontinuierlich voran. Die CES hat erneut eindrucksvoll gezeigt, dass es der richtige Weg ist. Er macht es möglich, gemeinsam mit unseren Partnern im Hörakustik-Fachhandel weitere Zielgruppen zu erreichen, die frühzeitige Akzeptanz für die Versorgung zu steigern und das Image technischer Hörhilfe spürbar zu verbessern.“

Hinzuzufügen wäre, dass ReSound als einer der weltweit führenden Hersteller bei den modernen Hörsystemen schon seit langem die Innovationen maßgeblich mitbestimmt. Das Unternehmen will, dass immer mehr Menschen, die mit einem Hörverlust leben, wieder besser hören und korrekt verstehen. Deshalb entwickelt ReSound Hörsysteme, die fast das Hörerlebnis des natürlichen Ohres erreichen. Sie ermöglichen es Hörakustikern, die Lebensqualität ihrer Kunden gravierend anzuheben.

Als Technologieführer bei smarten Hörgeräten arbeitet ReSound seit Jahren in strategischer Allianz mit dem australischen Hersteller Cochlear, dem Weltmarktführer für Cochlea-Implantate, kurz CI. Diese Abkürzung – CI – bezeichnet eine Innenohr-Prothese, die gehörlos geborenen Kindern sowie ertaubten Erwachsenen ein Leben in der Welt des Hörens ermöglichen.

Im Unterschied zu Hörgeräten, die Menschen nicht mehr weiterhelfen können, reguliert CI die Schallübertragung nicht akustisch, sondern elektrisch. Das besorgt der sogenannte Soundprozessor. Das ist die weltweit erste und einzige Apparatur für Cochlea-Implantate „Made für Phone“. Das Cochlea-Implantat wird unter die Kopfhaut des Patienten eingesetzt und reicht bis in dessen Innenohr. Diese Lösung verwandelt gesprochene Worte und andere akustische Signale in elektrische Impulse. Diese Impulse wiederum stimulieren den Hörnerv, der sich in der Hörschnecke, der sogenannten Cochlea, befindet.

„Das direkte Streaming, das der Nucleus 7 Soundprozessor bietet, öffnet Menschen mit Hörverlust die Tür, um zu telefonieren, Musik in bester Qualität zu hören und Videos zu sehen“, kommentiert Thomas Topp, der Regionaldirektor von Cochlear Deutschland. „Diese Möglichkeiten sind unglaublich wichtig für unsere Kunden.“

Ein besonderer Vorteil ist, dass das Führen von Telefonaten nun für CI-Träger einfacher geworden ist. Das Plus an individuellen Einstellungsmöglichkeiten hilft Menschen nicht nur, ihr alltägliches Hörerlebnis zu gestalten. Sie können ganz einfach mit ihren Freunden und Familien in Verbindung bleiben und ein aktives Leben leben. Das ist ganz entscheidend wenn es darum geht, hörgeschädigten Menschen das bestmögliche Hörerlebnis zu bieten. „Hörverlust werde häufig nicht als beeinträchtigendes Gesundheitsproblem verstanden, warnt Regionaldirektor Topp. Jedoch könne ein unversorgter Hörverlust die schulischen Leistungen von Kindern maßgeblich beeinflussen. Im Erwachsenenalter gehe unversorgte Hörschädigung mit dem Risiko der Erwerbslosigkeit, mit erhöhten gesundheitlichen Risiken, mit Depressionen oder gar der Demenz einher.“

Die Europäische Union will die Entwicklung künstlicher Intelligenz vorantreiben. Bis 2020 sollen mindestens 20 Milliarden Euro aus privater und öffentlicher Hand investiert werden, berichtet dpa aus Brüssel. Bis dahin stelle die EU-Kommission 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Zudem sollen 500 Millionen Euro über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen mobilisiert werden.

Europa verfüge zwar über Weltklasseforscher und -Labore, sagte der EU-Digital-Kommissar Andrus Ansip. Angesichts des harten weltweiten Wettbewerbs bedürfe es jedoch eines gemeinsamen Ansatzes in der EU. Bei der Einführung künstlich-intelligenter Technik sollten vor allem kleine und mittlere Unternehmen Hilfe bekommen.

Der deutsche Digital-Verband Bitkom nannte die Pläne einen guten Anfang. Es müsse aber deutlich mehr investiert werden.

Die Bundesregierung erwartet einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Für das laufende Jahr rechnet sie mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,3 Prozent, für das kommende Jahr mit einem Plus von 2,1 Prozent. Im Vergleich zum Jahreswirtschaftsbericht wurde die Prognose für 2018 leicht zurückgenommen. Im Januar hatte die Regierung noch mit einem Plus von 2,4 Prozent gerechnet. (dpa)

Der Anteil von Internet-Nutzern an der Gesamtbevölkerung weltweit stagniert. Das hat die UN-Telekom-Organisation ITU herausgefunden. Wie 2017 gehen auch dieses Jahr 47,1 Prozent der Weltbevölkerung online. Eine Verlautbarung in Genf offenbarte, dass Europa mit 79,5 Prozent vorn bleibt. In Afrika ist die Beteiligung von 25,1 auf 21,8 Prozent gesunken. Grund dafür könnte sein, dass dort das Bevölkerungswachstum größer ist als die Zunahme an Internet-Zugängen.

Bekannt wurden durch ITU in diesem Zusammenhang weitere Tatsachen: Unter den 15-24-jährigen ist die Internet-Nutzung deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung. In Europa sind es 95,7 Prozent und in Afrika immerhin 40,3 Prozent. Insgesamt beschäftigen sich 830 Millionen Menschen des genannten Alters mit online. Davon leben 40 Prozent in China und Indien. Weltweit ist der Anteil von Männern, die Internet nutzen, zwölf Prozent höher als der von Frauen. In Europa sehen 82,9 Prozent der Männer online als sehr wichtig an und 76,3 Prozent der Frauen.

Chinas Zensurbehörden haben Geldstrafen gegen missliebige Internetportale verhängt. Den Videoplattformen iQiyi und Sina seien Bußgelder auferlegt worden, teilte laut AFP das Kulturministerium in Peking mit. Sie hätten Parodien auf „Klassiker und Helden des Kommunismus“ veröffentlicht. Zur Höhe der Geldstrafen und zum Inhalt der beanstandeten Videos machte das Ministerium keine Angaben.

Vor kurzem waren neue Gesetze erlassen worden, um Online-Parodien in China zu unterbinden. Die Internet-Zensur in China zählt zu den weltweit striktesten. Die „Great Firewall of China“ blockiert ausländische Portale und unterbindet so die Nutzung der Online-Netzwerke Facebook und Twitter.

Google beschleunigt den Ausbau eigener Unterseekabel, um den Datendiensten in einzelnen Regionen mehr Tempo zu ermöglichen. Eines der Projekte soll die USA mit Irland und Dänemark verbinden. Dieses Kabel mit dem Namen „Havfrue“ (Dänisch für Meerjungfrau) wird im kommenden Sommer fertiggestellt werden. Zwei weitere neu angekündigte Kabel sollen die USA und China verbinden sowie Hongkong und Guam. Damit würde Google in elf Datenpipelines investiert haben. Über Googles Infrastruktur laufe bereits

rund ein Viertel des weltweiten Internet-Verkehrs, sagte Google-Manager Ben Treyno dem Wall Street Journal.

Bulgarien darf sich nach Aussagen von EU-Wirtschafts-Kommissar Pierre Moscovici Hoffnung auf die Einführung des Euro machen. „Bulgarien wird zweifellos das nächste Mitglied der Euro-Zone“, sagte er auf einem Finanzminister-Treffen in Sofia. So die Nachricht von Reuters. Man sollte aber nichts überstürzen und den Schritt gründlich vorbereiten. Das Land selber will 2019 am europäischen Wechselkurs-Mechanismus (ERM 2) teilnehmen. Derzeit sind 19 der 28 EU-Staaten Mitglied der Währungsunion. Die Euro-Einführung könnte innerhalb von drei Jahren erfolgen.

Im Streit mit Energiekonzernen bleibt die Bundesnetzagentur hartnäckig. Die Behörde zieht dpa zufolge vor den Bundesgerichtshof, um die Kürzung staatlich garantierter Renditen für Strom- und Gasnetze durchzusetzen. Karlsruhe soll eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf zugunsten der Netzbetreiber überprüfen. Agenturchef Jochen Homann sagt: „Wir wollen die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur attraktiv machen und gleichzeitig als Anwalt der Verbraucher unsachgemäß hohe Renditen verhindern.“ Transportkosten machen fast ein Viertel des Strompreises aus.

Die Berliner und Brandenburger Rettungs-Hubschrauber der ADAC Luftrettung haben 2017 laut dpa insgesamt 6145 Patienten versorgt. Die ADAC-Luftrettung wurde demnach zu 7180 Einsätzen gerufen. Die höhere Anzahl von Einsätzen im Vergleich zu versorgten Patienten resultiert aus Einsatzabbrüchen, etwa weil ausreichende Versorgung von Patienten oftmals bereits am Boden erfolgte.

Die drei Brandenburger Luftrettungsstationen sind zu 3849 Einsätzen gerufen worden. Die Berliner Station ist 3331mal alarmiert worden. Der Berliner Hubschrauber „Christoph 31“ rückte deutschland- und weltweit am häufigsten aus.

Insgesamt starteten in Deutschland die Hubschrauber des ADAC zu rund 54 500 Nottfällen und versorgten dabei mehr als 49 000 Patienten.

Nachdem es 2017 spürbar aufwärts gegangen war, hat die Marktdynamik für Elektro- und Hybridfahrzeuge zu Anfang des Jahres 2018 überraschend deutlich nachgelassen. Die Zahl der im ersten Quartal zugelassenen Batterie-Elektrofahrzeuge stieg auf den wichtigsten europäischen Märkten - Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien - um rund 4000 auf 23 000, davon rund 9000 in Deutschland. Das zeigt laut dpa die „E-Mobility Sales Review“, der internationale Trendbericht zur E-Mobilität von PwC Autofacts. Die Wachstumsrate, die 2017 noch bei mehr als 47 Prozent lag, ging auf 22 Prozent zurück.

Ob bei der Identifikation von Maschinen, beim Online-Banking, in sozialen Netzwerken, fast überall im Internet werden digitale Zertifikate eingesetzt. Mit ihnen kann jedermann, jeder Server und jedes Gerät in der digitalen Welt seine wahre Identität nachweisen. Fast jeder User profitiert tagtäglich davon, privat wie beruflich. Doch nur jeder vierte deutsche Internetnutzer (27 Prozent) kann den Begriff erklären, schreibt die Berliner Zeitung. Gut 37 Prozent der Beteiligten haben ihn schon einmal gehört, können ihn aber nicht erläutern. Jeder dritte Onliner (33 Prozent) hat noch nie etwas von digitalen Zertifikaten gehört. Das ergab eine aktuelle, repräsentative Verbraucherbefragung im Auftrag der Bundesdruckerei GmbH.

Redaktion der Seiten 4-10: Josef Feistl

Protokoll der ETV-Mitgliederversammlung 2018

Die diesjährige Mitgliederversammlung des ETV fand statt am Samstag, 26. Mai. Mit Rücksicht auf Mitglieder, die etwas weiter entfernt leben, ist vor mehreren Jahren beschlossen worden, die Mitgliederversammlung zu einem Samstag einzuberufen.

Nach der Ehrung der im Jahr 2017 verstorbenen Mitglieder berichtete der Vorsitzende, Professor Schwetlick, zunächst über die Aktivitäten im vergangenen Jahr. Ein Schwerpunkt und Abschluss des Jahres war das Weihnachtssymposium in der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) am 7. Dezember, das im Rahmen der Donnerstagslektionen veranstaltet wurde. Es stand unter dem Motto „Intelligente Assistenzsysteme im Gesundheitswesen“ und wurde von Professor Stephan Schäfer geleitet. Das traditionelle Jahrestreffen, das mit Rücksicht auf die vielfältigen weihnachtlichen Aktivitäten bereits im November stattfand, war diesmal im Vortragssaal des VDE-Hauses an der Deutschen Oper. Neben Treffen der verschiedenen Arbeitskreise und sowohl technischen als auch kulturellen bzw. historischen Besichtigungen gab es die seit vielen Jahren erfolgreich durchgeführte Fachtagung „Blitzschutz für Praktiker“ des Arbeitskreises Blitzschutz und eine Fachtagung „Industrie 4.0“.

Ein besonderer Höhepunkt war die Fachexkursion nach Brasilien im Februar, auf der außer dem Wasserkraftwerk Itaipu auch Recife mit der ältesten europäischen Siedlung in Brasilien, Olinda, sowie Salvador de Bahia, natürlich auch Rio de Janeiro und als weiterer Höhepunkt die Wasserfälle Iguacu besucht worden sind. Diese Reise fand soviel Anklang, dass bereits jetzt schon gefragt wird, wohin es das nächste Mal gehen wird.

Nach wie vor sehr erfolgreich sind die Donnerstagslektionen, die verschiedene aktuelle Themen bieten und nicht nur von ETV-Mitgliedern gerne besucht werden. Nach der Sommerpause werden sie im September mit einem Vortrag über „Big Data“ fortgesetzt werden.

Ein Problem sind seit einigen Jahren – nicht nur beim ETV – die zurückgehenden Mitgliederzahlen. Zum 31. Dezember 2017 war die Mitgliederzahl des ETV auf 1512 zurückgegangen. Dies macht sich, wie der Schatzmeister Dr. Berger darstellte, natürlich auch in der finanziellen Situation des ETV bemerkbar. Das Jahr 2017 schloss mit einem Defizit von 14.000 €, und für 2018 wurde sogar ein Minus von 28.500 € eingeplant. Neben den sinkenden Beitragseinnahmen sind geringere Einnahmen aus Wertpapieren die Ursache.

Der Kassenprüfer, Herr Friedrichowitz, beantragte die Entlastung des Vorstandes. Dies wurde von den Anwesenden, mit zwei Stimm-Enthaltungen, bestätigt.

Turnusmäßig stand die Wahl des neuen Vorstandes an. Satzungsgemäß besteht er aus insgesamt neun Mitglie-

dern. Nachdem Dr. Berger erklärte, nicht wieder zur Wahl zu stehen, wurden folgende Mitglieder benannt:

Jossifov, Vesselin	Porsinger, Wilfried
Jung, Lienhard	Rauchfuß, Joachim
Kahsnitz, Axel	Schäfer, Stephan
Porsinger, Tobias	Schramm, Heinz-H.
	Schwetlick, Horst

Diese Wahl verlief ohne Gegenstimme, mit einer Enthaltung.

Neu sind im Vorstand nun die Herren Axel Kahsnitz und Tobias Porsinger. Herr Kahsnitz war bereits Vorstandsmitglied bis 2006, ehe er beruflich Berlin verließ. Auch Herr Tobias Porsinger bringt Erfahrungen für die Tätigkeit im Vorstand mit, da er früher die Hochschulgruppe der TU Berlin leitete. Unter seiner Leitung hat sich deren Mitgliederzahl vervierfacht.

Zum Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ entspann sich eine lebhafte Diskussion über das neue Datenschutzgesetz. Hier besteht offensichtlich noch Klärungsbedarf durch die Verbandszentrale, da die Bezirksvereine allein die notwendigen Maßnahmen nicht veranlassen können. Die Datenschutzerklärung auf der VDE-Webseite und der Webseite des ETV muss den neuen Bedingungen angepasst werden. Herr Uhr berichtete, dass die Einverständniserklärung der bisherigen Vorstandsmitglieder und der AK-Leiter an Frankfurt weitergegeben worden ist.

Nach dem offiziellen Teil der Mitgliederversammlung stellte Herr Eckhard Thiele das Oberstufenzentrum Dahme-Spreewald vor, zu dem der ETV seit etwa einem Jahr Beziehungen hat. Die Schule hat die Bildungsgänge Technik, Sozialwesen, Wirtschaft und Verwaltung. Sie schließt ab mit der Fachhochschulreife, die Voraussetzung ist für ein Hochschul-Studium. Der Leitgedanke ist, dass die Qualität von Schule und Unterricht die Qualität der Bildung bestimmt.

Das OSZ Dahme-Spreewald hat zur Zeit 1400 Schüler und 76 Lehrkräfte, unter denen es praktisch keine Quereinsteiger gibt. Es hat die Standorte Schönefeld, Königs Wusterhausen und Lübben. Der Standort Schönefeld pflegt Technik und bildet Mechatroniker für die Fahrzeugtechnik und Fluggeräte aus. Letztere konzentrieren sich auf Triebwerke, Instandhaltung und Fluggeräte-Elektronik.

Es besteht ein gewisser Wettbewerb mit dem Gymnasium. Die Oberstufenzentren verstehen sich als berufliche Gymnasien mit dem Aspekt Handwerk, das auch die Meisterausbildung betreut.

Heinz-H. Schramm

Zur Geschichte der Denkmäler Alfred Krupps und Werner von Siemens' in der Technischen Universität Berlin- ein Denkmal-Ensemble von nationaler Bedeutung

Anlässlich der Hundertjahrfeier der Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin wurden am 19. Oktober 1899 auf dem Vorplatz vor dem Hauptgebäude der Hochschule in Charlottenburg die Denkmäler Alfred Krupps und Werner von Siemens' enthüllt. Die Denkmäler waren in einer gärtnerisch gestalteten Anlage, die sich zwischen der Auffahrtrampe zum Hauptgebäude und der Berliner Chaussee, der heutigen Straße des 17. Juni, befand, aufgestellt. Die Denkmäler zeigen Krupp und Siemens in erhabener Haltung stehend vor einem Modell der eigenen Erfindung, die ihren Ruhm begründete. Bei Krupp ist es das Modell eines Geschützes der „Kanone Modell L / 25“, und bei Siemens das einer Dynamomaschine „Modell D17“. Die Überlebensgroßen Figuren Krupps und Siemens' sind mit 2,52 Metern von gleicher Höhe, und sie sind in der Stellung von Stand und Spielbein wie auch in der Haltung der Arme spiegelbildlich aufeinander bezogen. Die Sockel der beiden Denkmäler sind aus poliertem roten Granit, und sie stimmen in Höhe und Formgebung vollkommen überein. Auf den Denkmalsockeln sind als Inschriften die Namen Alfred Krupp und Werner Siemens aufgetragen. Das Krupp-Denkmal schuf der Bildhauer Professor Ernst Herter und das Siemens-Denkmal der Bildhauer Wilhelm Wandschneider. Gestiftet wurden das Krupp-Denkmal von dem „Verein Deutscher Eisenhüttenleute und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ und das Siemens-Denkmal von dem „Verein Deutscher Ingenieure“.

Die offiziellen Hundertjahrfeierlichkeiten begannen am 19. Oktober 1899 mit der Enthüllung der Denkmäler von Alfred Krupp und Werner von Siemens und fanden in dem anschließenden Festakt im Lichthof der Hochschule ihren Höhepunkt, zu dem Seine Majestät der Kaiser Wilhelm II. erschien. In seiner für die deutschen Ingenieure bedeutsamen Rede verkündete er, dass er mit dem Allerhöchsten Erlass vom 11. Oktober 1899 die technischen Hochschulen den Universitäten gleichgestellt habe. Darin räumte er den technischen Hochschulen in Preußen das Recht ein, die Grade eines Diplom-Ingenieurs, eines Doktor-Ingenieurs und eines Doktor-Ingenieurs e.h. zu verleihen.

Zur feierlichen Enthüllung der Denkmäler versammelte sich die Festgemeinde auf dem festlich geschmückten Vorplatz der Hochschule. Die Vertreter der Stifter würdigten in ihren Reden das Leben und das Wirken sowie die bahnbrechenden Leistungen Alfred Krupps und Werner von Siemens in großer Ehrerbietung. In seiner anschließenden Rede sprach der Rektor der Technischen Hochschule, der Geheime Regierungsrat Professor Alois Riedler, den „hochherzigen Stiftern“ den „tiefgefühlten Dank“ aus und schloss seine Rede:

„So übernehme ich denn namens der Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin die Denkmäler in die Obhut der Hochschule: als sichtbares Zeichen der Größe eines Krupps und Siemens ihnen zur Ehr', der Mit- und Nachwelt zur Nacheiferung und Wertschätzung der Hochschule zum begeisterndem Vorbild.“

So standen die Denkmäler auf dem schönsten Platz der Hochschule, bis sie 1937 der Verbreiterung der Berliner Chaussee im Zuge der Ausbaupläne Berlins zur „Welthauptstadt“ weichen mussten. Sie wurden von der Vorderfront an die Rückfront des Hauptgebäudes auf der Parkseite umgesetzt an Standorte, die im Bild durch Kreuze markiert sind. Dort überstanden sie den 2.

Weltkrieg nahezu unversehrt. Im Jahre 1954 wurden die Bronzestatuen von der Bildgießerei Hermann Noack restauriert, wofür DER TAGESSPIEGEL am 4. Juli 1954 ein Photo mit der Unterschrift „Die Standbilder von Alfred Krupp und Werner von Siemens werden restauriert und wieder vor der TU aufgestellt“ veröffentlichte. Die Denkmäler wurden jedoch weder vor noch hinter der TU, das heißt dem Hauptgebäude, aufgestellt. Stattdessen vollzog sich mit den Translokationen der einzelnen Denkmäler, die sich bis in die jüngste Zeit erstreckten, eine beispiellose Demontage eines bedeutenden Denkmal-Ensembles von nationalem Rang. Nach der Restaurierung der Denkmäler waren ihre originalen Granitsockel spurlos verschwunden.

Gegen eine Aufstellung des Krupp-Denkmal schied sich u. a. Prof. Karl-Wilhelm Ochs, Mitglied der Fakultät der Architektur. In einer Denkschrift führte er aus „dass das Wiederauftauchen dieses kanonengeschmückten Monuments in einer derart spannungsreichen Zeit von vielen nicht verstanden oder als demonstrative Absicht gedeutet würde“. (Brief vom 21.05.1954). Der Dekan der Fakultät der Architektur, Prof. Kurt Dübbers, sah sich aufgrund des Einwandes von Prof. Ochs und eines Vorschlags eines anderen Kollegen veranlasst, die Bronze-Statue einschmelzen zu lassen. Nach Berichten von Mitgliedern des Instituts für Eisen- und Hüttenwesen musste das Standbild von Krupp quasi von dem Lastwagen geholt werden, der es zum Einschmelzen bringen sollte. Es wurde in der Werkstatt des Instituts im 1. Obergeschoss des Erweiterungsbaues untergestellt. In den sechziger Jahren transportierte man es von dort in das Treppenhaus, da der Platz in der Werkstatt gebraucht wurde (Rolf Lieberknecht und Iris Laubstein: Materialien zum Kunstbesitz der Technischen Universität Berlin. Berlin 1987). Im Treppenhaus des Erweiterungsbaues stand die Bronzestatue von Alfred Krupp mit der bloßen Plinthe auf dem Flurfußboden, bis sie am 12. Januar 2007 aus der Technischen Universität Berlin entfernt und nach Essen zur Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung verbracht wurde. Da die Aufstellung in Essen nicht möglich war, gelangte die Bronzestatue im Mai 2015 zum Denkmalensemble „Sayner Hütte“ in Bendorf. Dort fand sie im Besucherzentrum der Kruppschen Halle, einer 1919 erbauten Maschinenhalle, ihren heutigen Standort. Das Bild zeigt das Foto des Fotografen Thomas Naethe von der Innenansicht der Kruppschen Halle, wo die Krupp-Statue dem eintretenden Besucher die Rückenansicht bietet.

Das Denkmal von Werner von Siemens wurde zwischen 1955 und 1966 vor dem Institut für Elektrische Maschinen und zwischen 1966 und 2006 vor dem Institut für Allgemeine Elektrotechnik aufgestellt. Ihr heutiger Standort befindet sich vor dem Mathematik-Gebäude an der Straße des 17. Juni, wie das Foto im Bild zeigt.

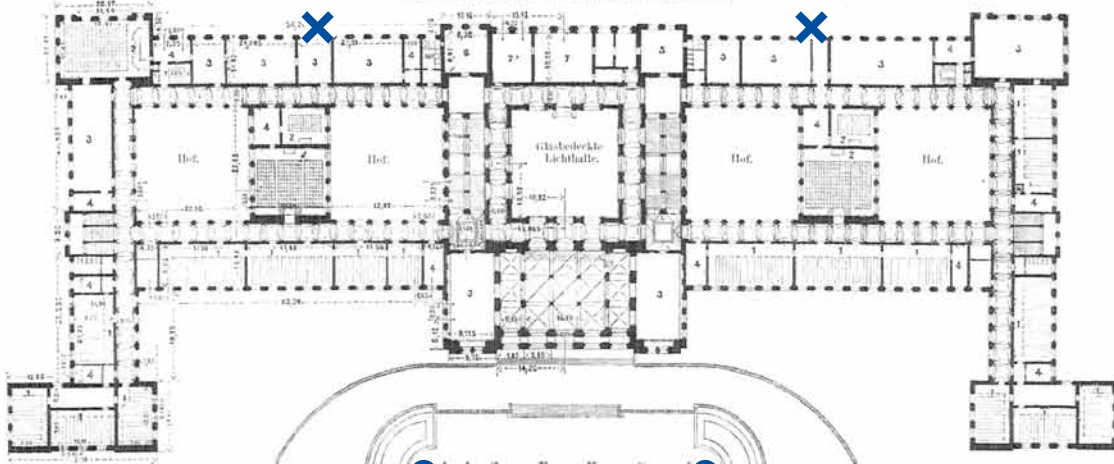
In der Literatur werden die Denkmäler stets als Pendants behandelt und im Bestand der Denkmäler Berlins und Charlottenburgs sowie im Kunstbesitz der Technischen Universität Berlin geführt. Die Denkmale sind nicht nur bedeutende Kunstwerke. Sie sind auch auf das engste mit der Geschichte und Tradition der Technischen Universität Berlin und darüber hinaus des deutschen Ingenieurwesens verbunden. Sie verdienen als Denkmale von nationalem Rang in Berlin wieder zusammengeführt und präsentiert zu werden.

Prof. Dr.-Ing. Johannes Nestler. Berlin

Hauptgebäude der Technischen Hochschule in Berlin 1899



Hauptgebäude der technischen Hochschule in Berlin.



Denkmäler Alfred Krupp (links) und Werner von Siemens (rechts) vor dem Hauptgebäude der Technischen Hochschule Berlin 1899



Besuchertzentrum der Krupp'schen Halle mit Bronzestatue Alfred Krupp



Denkmal Werner von Siemens vor dem Mathematik-Gebäude

Stadtspaziergänge

Berliner U-Bahn-Museum

In der Eingangs- bzw. Verbindungshalle des U-Bahnhofs Olympia-Stadion steht man vor dem Eingang zum Museum. Er befindet sich zwischen zwei Triebköpfen von U-Bahn-Wagen. Die Räume des Museums sind im zweiten Stockwerk. Es wurde am 13. September 1997 in den Räumen des ehemaligen elektromechanischen Stellwerks des U-Bahnhofs Olympia-Stadion eröffnet. Das Haus steht heute unter Denkmalschutz. Die Grundlage für dieses Museum wurde von einem früheren Betriebsleiter geschaffen. Die Arbeitsgemeinschaft Berliner U-Bahn e.V. betreibt es heute.

Man kommt an der ehemaligen Schaffnersperre des U-Bahnhofs Rüdeshheimer Platz vorbei, an der früher die Fahrgäste Fahrscheine kauften, bevor sie den Bahnsteig betreten durften.

In einem großen Raum befindet sich noch heute das lange Einreihen-Hebelstellwerk. An der Wand hängt wie früher eine gewaltige Tafel, an der die Stellung der Weichen angezeigt wurde. In der Ausstellung steht auch ein klassisches Seilzug-Stellwerk der S-Bahn. – Studenten der Verkehrstechnik kommen, um sich über die früheren Stellwerke zu informieren.

Wir erfuhren, dass die Abstände zwischen zwei U-Bahnhöfen 300 bis 600 m betragen können. Die Bahnen fahren mit einer Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h. Sie werden alle

100.000 bis 150.000 km gewartet und nach 900.000 km müssen sie zur Hauptuntersuchung.

Die U-Bahnzüge haben eine Breite von 2,30 m (Klein-Profil; Linien U1 bis U4) bzw. von 2,60 m (Groß-Profil; Linien U5 bis U9).

Die Stromschienen befinden sich immer seitlich und werden von oben (Klein-Profil) bzw. von unten (Groß-Profil) vom Stromabnehmer bestrichen.

Der Strom für den U-Bahn-Betrieb wird z. B. an der Strombörse in Leipzig gekauft und über das Vattenfall-Netz geliefert. Die U-Bahn-Netze unterteilen sich in Fahrstrom, Tunnellicht und Signaltechnik.

Am 26. September 1908 ereignete sich im Bahnhof Gleisdreieck das bisher schwerste Unglück bei der Berliner U-Bahn. Ein Fahrzeugführer hatte ein Signal nicht beachtet, daher fuhr er einem anderen Zug in die Seite. Dadurch stürzte der erste Wagen dieses Zuges hinunter. Es gab 18 Tote und 21 schwer verletzte Personen. – Danach wurde der Bahnhof Gleisdreieck in den heutigen Zustand umgebaut.

Viele der Ausstellungsstücke sind noch funktionstüchtig und wurden uns auch vorgeführt. Die Geschichte der seit mehr als 100 Jahren bestehenden Berliner U-Bahn wird durch mehr als 300 Einzelstücke dargestellt.

Erhard Sonnenfeld

Besuch im Konrad-Adenauer-Haus

Wie ein Schiff kommt die riesige Glasfassade der CDU-Zentrale an der Corneliusbrücke in die Klingelhöfer Straße.

Als Bonn der Regierungssitz war, gab es dort eine Parteizentrale der CDU, die bereits den Namen Konrad-Adenauer-Haus trug.

Nach dem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten beschloss der Bundesvorstand der Partei, daß der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der CDU in Berlin in der Nähe des neuen Regierungsviertels sein müsse.

Die Pläne für das neue Konrad-Adenauer-Haus wurden vom Düsseldorfer Architektenbüro Petzinka Pink und Partner entworfen. Nach fast zweijähriger Bauzeit wurde das Gebäude von der Parteivorsitzenden Angela Merkel im Juni 2000 eingeweiht und am 3. Juli 2000 bezogen.

Zunächst gingen wir in den ersten Stock und dort in den „Wintergarten“. Hier standen wir außerhalb des Hauses, vor einer gewaltigen Glaswand.

Beim Bau des Hauses mussten einige Richtlinien eingehalten werden:

1. Das Haus ist nach „Berliner Baurecht“ errichtet, was bedeutet, daß alle Häuser eine einheitliche „Fluchtlinie“ und eine vorgeschriebene „Traufhöhe“ einhalten müssen. Man kann innerhalb dieser Glashülle um das gesamte Haus herumgehen.
2. Diese Glashülle schützt vor Straßenlärm und vor Staub.
3. Es ist eine Klimaschutzhülle für die kalte Jahreszeit. Im Sommer müssen aber manche Räume doch zusätzlich klimatisiert werden. Die Bepflanzung war auch ein Thema. Wir standen neben einer immergrünen italienischen Steineiche.

Der Bundesvorstandsraum befindet sich im ersten Stock in der Spitze des Hauses. Hier trifft die Parteivorsitzende ihre Gesprächspartner.

Im zweiten Stockwerk kamen wir an vielen alten Wahlplakaten vorbei. Auf dieser Etage hat man mehrere Büroräume zu einem Großraumbüro erweitert.

Die CDU sieht sich als eine Volkspartei, die allen Schichten der Bevölkerung etwas zu bieten hat. Auf einer Leinwand bekamen wir z. B. die Mitgliederzahlen der CDU zu sehen; im Dezember 2017 waren es 427.173 und jetzt etwa 464.000. Die CSU (Christlich Soziale Union) in Bayern hat etwa 141.000 Mitglieder.

Im obersten Stockwerk befinden sich die Büros der Parteivorsitzenden Frau Merkel und ihrer persönlichen Mitarbeiter. Im Haus arbeiten etwa 140 Angestellte, die 22 unterschiedliche Berufe ausüben auf einer Bürofläche von etwa 5.000 m². In der CDU-Parteizentrale werden auch acht Azubis ausgebildet, z. B. Kaufleute für Bürokommunikation und in der Datenverarbeitung Organisations- und Veranstaltungstechnik.

Hinter dem Haus gibt es einen Park, das Klingelhöfer Dreieck.

Wer Interesse an einer Führung durch das Konrad-Adenauer-Haus hat, sollte sich an den Besucherdienst wenden, Dort kann er sich anmelden unter besucherdienst@cdu.de.

Erhard Sonnenfeld

VDE-Seminare in Berlin 2. Halbjahr 2018

Automatisierungstechnik

29.06. Schwachstelle Mensch

Blitz- und Überspannungsschutz

08.10.-12.10. Grundseminar: Blitz- und Überspannungsschutz

Gebäude

04.09. Fehlervermeidung bei Planung und Installation von KNX-Anlagen

02.10. Mieterstrom in der Praxis
– Von der Planung bis zur Umsetzung

17.10. Bauleiterschule – Baurecht aktuell

18.10. Elektrische Anlagen in Gebäuden
– Wartung und Instandhaltung

19.10. Sicherheitsbeleuchtung in baulichen Anlagen nach DIN VDE 0108

07.11. LED Beleuchtungsplanung – Außenbeleuchtung

08.11. Beleuchtungsplanung – Innenbeleuchtung

14.11. Bauordnungsrecht für Elektroplaner

15.11. DE Planertag 2018

19.11.-20.11. Prüfen elektrischer Anlagen in Gebäuden
– Prüfraining

Elektrotechnik

03.07.-04.07. Schaltberechtigung für Starkstromanlagen bis 36 kV Teil 2: Training

05.07. Jahresunterweisung für Schaltberechtigte

25.09.-26.09. Schaltberechtigung für Starkstromanlagen bis 36 kV Teil 1: Grundlagen

27.09. Jahresunterweisung für Schaltberechtigte

09.10. Jahresunterweisung für die Elektrofachkraft

10.10. Jahresunterweisung für die verantwortliche Elektrofachkraft

15.10. Betriebselektriker

05.11.-07.11. Elektrofachkraft für festgelegte Tätigkeiten Teil 1: Fachtheorie

08.11.-09.11. Elektrofachkraft für festgelegte Tätigkeiten Teil 2: Praxis

21.11.-22.11. Fachkunde für die elektrotechnisch unterwiesene Person (EuP)

26.11.-30.11. Grundseminar EMV und Oberschwingungen

30.11. Jahresunterweisung für Schaltberechtigte

04.12.-05.12. Schaltberechtigung für Starkstromanlagen bis 36 kV Teil 1: Grundlagen

06.12.-07.12. Schaltberechtigung für Starkstromanlagen bis 36 kV Teil 2: Training

11.12. Jahresunterweisung für die elektrotechnisch unterwiesene Person (EuP)

12.12. Jahresunterweisung für die Elektrofachkraft

13.12. Jahresunterweisung für die verantwortliche Elektrofachkraft

Virtueller Seminarraum:

Jahresunterweisung für Schaltberechtigte – Erhalt der Fachkunde nach §4 DGUV Vorschrift 1 und ArbSchG:

21.09. und 30.11. Modul 1 und Modul 2

28.09. und 07.12. Modul 3 und Modul 4

Jahresunterweisung für Elektrofachkräfte zum Erhalt der Fachkunde:

08.10. Modul 1 und Modul 2

12.10. Modul 3 und Modul 4

Energietechnik

19.09.-20.09. Verteilungsnetze auf dem Weg zum Smart Grid

Informationstechnik

19.11.-22.11. Fachkraft für Glasfaserinstallation (VDE)

Medizintechnik

30.10.-31.10. IEC 60601-1 (3. Ausgabe)
Anforderungen und Prüfung

29.11.-30.11. Risikomanagement und Gebrauchstauglichkeit im Licht der neuen Medizinprodukte-Verordnung in Europa 2017

Mess- und Prüftechnik

04.09.-05.09. Prüfen elektrischer Anlagen, Betriebs- und Arbeitsmittel

27.11. Prüfen ortsveränderlicher elektrischer Betriebs- und Arbeitsmittel

11.12.-12.12. Prüfen elektrischer Anlagen, Betriebs- und Arbeitsmittel

Netztechnik / Netzbetrieb

15.10. Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und Niederspannungsanschlussverordnung

16.10. Netzbetrieb einfach gemacht – für Nicht-Elektriker

Normen und Sicherheit

05.11. Die aktuellen technischen

Anschlussbedingungen Strom (TAB)

28.11. Sicheres Betreiben elektrischer Anlagen und Arbeitsmittel

Organisation/Management/Recht

06.09. Außenstände beherrschen – Liquidität sichern

Virtueller Seminarraum:

Präsentieren technischer Inhalte

05.11.: Modul 1: Zielsetzung und Zielgruppenanalyse

06.11.: Modul 2: Präsentationsaufbau/Storyboard

07.11.: Modul 3: Visualisierung und Präsentationsdesign

08.11.: Modul 4: Medien, Technik, Interaktion

Anzeige

ENTWÜRFE
NORMEN
DIN VDE 0100
CHRIFTENWERKLEIN
RICHTIGER
ELEKTROTECHNIK



Technik. Wissen.
Weiterwissen.




Mit Technikwissen Energie sicher nutzen:
Neu im VDE VERLAG – Fachmedien zur Energiewirtschaft

Bei uns finden Sie ab sofort Bücher, E-Books und weitere Produkte zu den Themen Energietechnik, Energierecht und -markt sowie Netztechnik und -betrieb.

www.vde-verlag.de/energiewirtschaft



Veranstaltungen des IfKom e.V.

Ein wichtiger Hinweis für alle Mitglieder, die die Veranstaltungen des IfKom regelmäßig besucht haben:

In Zukunft wird das bisher immer sehr umfangreiche Veranstaltungsprogramm etwas eingeschränkt. Herr Lothar Kipf, Vorstandsmitglied im IfKom, der bisher für das Programm allein verantwortlich zeichnete, steht aus gesundheitlichen Gründen nur noch eingeschränkt zur Verfügung. Die Suche nach einem Nachfolger blieb leider ergebnislos.

Geplante Veranstaltungen: Sofern nichts Anderes angegeben, ist die Teilnehmerzahl begrenzt und Sie werden gebeten, sich in der ETV-Geschäftsstelle (siehe Impressum) anzumelden.

Stadtführung

Dienstag, 04.09.2018
14.00 Uhr

Banker, Bargeld, Bankrotteure

Stadtgang mit Herrn Voigtländer
Treffpunkt: U-Bhf. Hausvogteiplatz,
Ausgang Hausvogteiplatz

Stadtführung

Dienstag, 02.10.2018
14.00 Uhr

Die Friedrichstraße im Wechsel der Berliner Geschichte Stadtgang mit Herrn Grosch

Treffpunkt: S-Bhf. Friedrichstr. – Tränenpalast

Es wird ein Eigenanteil von 5 € je Teilnehmer erhoben

Exkursion

Dienstag, 18.09.2018
14.00 Uhr

Besuch des Olympischen und Paralympischen

Trainingszentrums für Deutschland e.V.

Puschkinstr. 2, 15537 Grünheide/OT Kienbaum

ETV-Veranstaltungen 3. Quartal 2018

AK Obsoleszenz

Mittwoch, 15.08.2018, 18.00 Uhr

Thema steht noch nicht fest und wird zu gegebener Zeit per Rundmail bekannt gegeben
VDE-Haus, Vortragssaal, Bismarckstr. 33, 10625 Berlin
(U-Bhf. Deutsche Oper)

AK Obsoleszenz

Mittwoch, 17.10.2018, 18.00 Uhr

Thema steht noch nicht fest und wird zu gegebener Zeit per Rundmail bekannt gegeben
VDE-Haus, Vortragssaal, Bismarckstr. 33, 10625 Berlin
(U-Bhf. Deutsche Oper)

AK VDI/VDE Mess- und Automatisierungstechnik GMA

Montag, 27.08.2018, 17.00-19.00 Uhr

Unternehmensbesichtigung
Ort wird noch bekannt gegeben

AK VDI/VDE Mess- und Automatisierungstechnik GMA

Diskussionsrunde

Montag, 29.10.2018,
17.00 – 19.00 Uhr

Industrie 4.0 – Chancen und Risiken der Digitalisierung

VDE-Haus, Vortragssaal, Bismarckstraße 33, 10625 Berlin
(U-Bhf. Deutsche Oper)

Donnerstagslektion

Donnerstag,
13.09.2018, 18.00 Uhr

Implementierung von Big-Data-Analysen in die Produktion – Herausforderungen, Mehrwerte, Möglichkeiten
Dipl.-Ing. Jessica Fisch, Daimler AG
VDE-Haus, Vortragssaal, Bismarckstr. 33, 10625 Berlin
(U-Bhf. Deutsche Oper) (**siehe Seite 3**)

Impressum

Herausgeber: Elektrotechnischer Verein (ETV) e.V.
Bezirksverein Berlin-Brandenburg im VDE
Bismarckstraße 33, 10625 Berlin
Verantwortlich: Heinz-H. Schramm
Geschäftszeiten: Di.-Do., 10-14 Uhr
Gestaltung und Druck: Oktoberdruck AG,
Anmeldungen für Veranstaltungen unter:
Telefon: 030-341 45 66; Fax: 030-342 07 17
Mail: etv-berlin@t-online.de
Internet: www.vde-berlin-brandenburg.de

Donnerstagslektion

Donnerstag,
04.10.2018, 18.00 Uhr

Anforderungen an die Security in der Industrie

Dr. Lutz Jänicke, Phoenix Kontakt
VDE-Haus, Vortragssaal, Bismarckstr. 33, 10625 Berlin
(U-Bhf. Deutsche Oper)